



Bill Clinton
Erst Präsident, dann Thriller-
Autor – eine Begegnung

Altersarmut
Wenn Rentner aus
Verzweiflung stehlen

Ukraine-Konflikt
Warum trotz Waffenruhe
kein Frieden in Sicht ist

Sehnsucht nach dem starken Mann

MENS25-
⑦ TB48

Demokratie Wladimir Putin, Donald Trump, Recep Tayyip Erdoğan, Xi Jinping: Ein autoritärer Herrschertypus verändert die Welt. Auch in vielen Staaten des Westens erodiert das demokratische System.
Wie erklärt sich der Erfolg der Autokraten?

Eigentlich interessiert sich der russische Präsident Wladimir Putin nicht sonderlich für Fußball. Er ist Kampfsportler, und er liebt Eishockey. Doch wenn er am kommenden Donnerstag in Moskau die Fußballweltmeisterschaft eröffnet, wird er der perfekte Gastgeber sein. Ein Fußball, der Strahlen aussendet und an den Satelliten Sputnik erinnert, ist Symbol der WM, und eine Milliarde Menschen werden zuschauen, wenn Putin Russland als modernes und starkes Land feiert.

Bei der Generalprobe, dem Confed-Cup vom vergangenen Sommer, hielt Putin vor den wartenden Mannschaften eine längere Eröffnungsrede und sprach vom »harten, ehrlichen und fairen Kampf bis zur letzten Minute des Spiels«.

Die Weltmeisterschaft ist seine Veranstaltung, Putin kann sich und sein Land der Welt präsentieren. Es ist der Höhepunkt der großen Autokraten-Festspiele in den kommenden Wochen.

Am 24. Juni wird in der Türkei gewählt. Recep Tayyip Erdoğan will sich, nach dem Verfassungsreferendum vom vergangenen Jahr, zum Staatsoberhaupt wählen lassen. Seine Quasi-Alleinherrschaft wäre damit zementiert, bis 2023 oder sogar darüber hinaus. Sollte er im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit bekommen – was möglich ist, auch angesichts der steigenden Inflation –, dann eben im zweiten. Damit dürfte die Türkei, ein Land, in dem etwa 170 Journalisten im Gefängnis sitzen und seit dem Putschversuch vor zwei Jahren mehr als 70 000 Menschen oft wahllos verhaftet wurden, noch autoritärer werden.

Und dann ist da Donald Trump, der sich am kommenden Dienstag in Singapur aller Voraussicht nach mit dem nordkoreani-

① schen Diktator Kim Jong Un treffen wird (siehe Seite 84). Danach dürfte der US-Präsident die Gelegenheit nutzen, nach Peking weiterzureisen, um Staatschef Xi Jinping zu treffen – jenen Mann, der mehr als alle anderen die westlichen Demokratien herausfordert.

Zu Hause greift Trump in diesen Tagen einmal mehr die Normen dessen an, was ein US-Präsident darf. Er habe das »absolute Recht«, sagte er, sich in der Russland-affäre selbst zu begnadigen. Trump ist ein gewählter Präsident, allerdings einer, der seine Macht absolut setzen will und sich selbst offenbar über dem Gesetz sieht.

④ Es stehen damit Männer – und zwar nur Männer – im Mittelpunkt der Weltpolitik, die die liberale Demokratie verachten und stattdessen absolute Kontrolle anstreben: über die Politik und die Wirtschaft, über die Justiz und die Medien. Sie sind die beherrschenden Figuren der Gegenwart; sie sind es, deren Entscheidungen unsere Zukunft gestalten. Die globalisierte und technisierte, rund um die Uhr informierte und aufgeklärte Welt des frühen 21. Jahrhunderts – sie steckt mitten in einem Rückfall ins Zeitalter des Autoritarismus.

Das ist kein Lamento westlicher Kulturpessimisten, sondern ein statistischer Befund. 3,3 Milliarden Menschen, stellt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung fest, leben in einem autokratischen Regime – und nur 4,5 Prozent der Weltbevölkerung, rund 350 Millionen Menschen, in einer »vollständigen Demokratie«, die meisten davon in Westeuropa, so die britische Economist Intelligence Unit.

③ »Die Demokratie erlebt ihre schwerste Krise seit Jahrzehnten«, warnt die Nichtregierungsorganisation Freedom House in ihrem jüngsten Jahresbericht. »Das Recht,

EVAL - Datenbank:

① PERSONC-TB 05 (Putin)

PERSONC-TB 04 (Trump)

PERSONC-TB 01 (Erdoğan)

PERSONC-TB 01 (Xi Jinping)

PERSONC-TB 01 (Orban)

② Dekadenz MENS24-TB04

③ Demokratie - 2 GESE61-TB14
Gefährdung POLI92-TB13

④ Gleichberechtigung der Frauen MENS06-TB05

⑤ Ignorieren von Fakten MENS25-TB48

⑥ Korruption KORRO2-TB

⑦ Lernfähigkeit des Menschen MENS25-TB48

⑧ Macht-Gehabe MENS06-TB05

⑨ Meinungsfreiheit MENS09-TB01

POLI61h-TB19 (China) ⑩

POLI61zh-TB10 (Russland) ⑪

POLI35L-TB (Ungarn) ⑫

POLI61zn-TB02 (Türkei) ⑬

POLI70-TB43 (USA) ⑭

Politiker in freien und fairen Wahlen zu bestimmen, die Pressefreiheit und die Rechtsstaatlichkeit sind weltweit unter Beschuss.«

Wie ist dieser globale Trend zu erklären? Sind die Autokraten so stark oder die Demokraten so schwach? Ist die liberale Demokratie nur ein Schönwettersystem, das lediglich auf der Basis von wachsendem Wohlstand und in relativ homogenen Gesellschaften funktioniert? Warum zweifeln so viele Menschen daran, dass sie die Probleme des 21. Jahrhunderts lösen kann, die Folgen des Klimawandels, der Digitalisierung, des demografischen Wandels, die Verteilung des Wohlstands?

Die schöne Selbstgewissheit des Westens, wonach mehr Wohlstand zu mehr Freiheit, mehr Kommunikation zu mehr Pluralismus und mehr Freihandel zu wirtschaftlicher Integration führt, hat sich aufgelöst. Ausgerechnet das System, das nach dem Ende des Kalten Krieges als »the only game in town« dastand, die einzige Option, wie es die US-Politologen Juan Linz und Alfred Stepan 1996 so prägnant formulierten, hat an Anziehungskraft verloren. Die Vorstellung, dass der Siegeszug der Demokratie unaufhaltsam sein würde, hat sich nicht erfüllt. China lebt der Welt gerade vor, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Wohlstand auch in einem autoritären System möglich sind.

Aber nicht nur Diktaturen wie Weißrussland, Simbabwe oder Vietnam machen kaum Anstalten, sich zu wandeln. Überall auf der Welt folgen auf kurze demokratische Ausflüge zunehmend wieder autoritäre Phasen, etwa in Ägypten und in Thailand, in Venezuela und in Nicaragua. Zeitgleich erodiert die liberale Demokratie in vielen Staaten des Westens.

Es wächst, das ist vielleicht die eigentliche Gefahr, nicht nur die Zahl der Autokratien in entfernten Weltgegenden, sondern auch die Anziehungskraft autoritären Denkens in Europa. Einzelne Elemente schleichen sich auch in demokratische Systeme ein, etwa die Geringschätzung von Parteien, Medien, Minderheiten.

Gerade ist in Italien eine Regierung an die Macht gekommen, die von dem bekennenden Putin-Fan Matteo Salvini gesteuert wird. In Ungarn hat Viktor Orbán deutlich die Parlamentswahl gewonnen, in einem »Klima der Einschüchterung«, wie die OSZE-Wahlbeobachter feststellten. In Polen wird im kommenden Jahr gewählt, auch dort hat die rechtsnationale PiS gute Chancen, an der Macht zu bleiben.

Die USA haben sich unter Donald Trump vor allem deshalb nicht in eine Autokratie verwandelt, weil Justiz und Kongress den Impulsen des Präsidenten noch immer genug Widerstand leisten. Trotzdem ist die liberale Demokratie, ausgerechnet in dem Land, das sie einst hervorgebracht hat, angeschlagen.

In den anderen Demokratien des Westens wird das Unbehagen ebenfalls stärker. »Bis vor Kurzem herrschte die liberale Demokratie unangefochten. Trotz all ihrer Mängel standen die meisten Bürger mit Überzeugung zu ihrer Regierungsform. Die Wirtschaft wuchs. Radikale Parteien waren unbedeutend«, schreibt der deutsch-amerikanische Harvard-Politologe Yascha Mounk in seinem Buch »Der Zerfall der Demokratie«. Dann aber ging es Schlag auf Schlag: der Brexit, die Wahl Trumps und die Erfolge populistischer Bewegungen. Inzwischen stelle sich die Frage, ob nicht »sogar das Überleben der Demokratie in Gefahr« sei.

Die politischen Systeme des Westens drohen in »illiberale Demokratien« und Staaten des »undemokratischen Liberalismus« zu zerbrechen, schreibt Mounk. In den einen herrsche nur noch der gesteuerte Mehrheitswille. Die anderen seien dominiert von Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichten und supranationalen Bürokratien wie der Europäischen Kommission – die unabhängig von der direkten demokratischen Willensbildung die Politik bestimmen könnten.

»Take back control« war der Slogan, mit dem die Brexit-Kampagne die Abstimmung gewann. Das Gefühl, in einer Ära des Kontrollverlustes zu leben, dürfte kleinster gemeinsamer Nenner aller europäischen Populisten sein. Sich die Kontrolle zurückzuholen ist ihr gemeinsames Versprechen.

Es geht einher mit dem Wunsch, das Korsett abzuschütteln, das das Leben im Westen scheinbar unfrei macht. All die Gesetze, Regeln, Verordnungen und Verträge, die den Menschen, den Unternehmen und ganzen Ländern vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben. Was sie sagen dürfen und was nicht. Was sie kaufen dürfen und was nicht. Wie Dinge hergestellt sein müssen und wie nicht. Aus diesem Wunsch, der Welt die eigenen, einfacheren Regeln aufzuzwingen, schlagen die neuen Autokraten und autoritär Gesinnten ihre Funken.

Die Demokratie zerbricht heute nur noch selten unter den Händen bewaffneter Uniformierter; das sind Bilder der Vergangenheit, der Putsch ist die Ausnahme. Viele Autokraten sind durch Wahlen an die Macht gekommen, regieren im Namen des Volkes und lassen sich auch regelmäßig von diesem in Referenden bestätigen.

Doch wenn sie an der Macht sind, in der Türkei, in Venezuela, in Russland, bringen sie die demokratischen Institutionen des

Die Selbstgewissheit, dass mehr Wohlstand zu mehr Freiheit führt, hat sich aufgelöst.

Staates unter ihre Kontrolle. Sie sind dabei keine großen Ideologen, eher Strategen der Macht, die Ideologien nutzen – ohne selbst an sie zu glauben. Gewalt setzen sie dosiert ein, auch ein Unterschied zu den massenmörderischen Regimen der Vergangenheit. Manchmal muss ein Journalist sterben, oder ein Oligarch kommt ins Gefängnis. Ansonsten herrschen die neuen Autokraten subtiler als ihre totalitären Vorgänger. Ihnen reicht meistens die Drohung, unbotmäßigen Bürgern alles nehmen zu können. Vor allem beherrschen sie die schwarze Kunst der Propaganda. Sie wissen, dass viele Menschen verunsichert sind, sich vor der Zukunft und dem Fremden fürchten. Ängste, die sie fördern, um zugleich als Garanten der Stabilität dazustehen.

Der Flughafen von Peking liegt wie ein roter Riesenrochen im Nordosten der Stadt, eines der größten Gebäude der Welt,



JOHANNES EISELE / AFP

Propagandaplakat mit dem chinesischen Präsidenten Xi in Shanghai: Legitimität durch Leistung

2008 nach vier Jahren Bauzeit in Betrieb genommen und seither zum zweitgrößten Airport der Welt aufgestiegen. Allerdings platzen die drei Terminals aus allen Nähten. Im Süden der Stadt wird deshalb ein noch größerer Flughafen errichtet. 2019 soll er eröffnet werden, ebenfalls nach vier Jahren Bauzeit.

Nur wenige Chinesen bezweifeln, dass der neue Flughafen zum geplanten Zeitpunkt in Betrieb geht. Die Erfahrung der vergangenen 40 Jahre lehrt sie, dass die meisten Vorhersagen ihrer Regierung sich erfüllen, im Guten wie im Schlechten, im Allgemeinen wie im Persönlichen.

Als Staatschef Xi Jinping 2013 sein Amt antrat, war Chinas Volkswirtschaft bereits die zweitgrößte der Welt. Heute, fünf Jahre später, ist sie um weitere 50 Prozent gewachsen. Die Stundenlöhne der Arbeiter haben sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, die verfügbaren Einkom-

men der Haushalte verdoppelt. Selbst den ärmsten Chinesen geht es heute besser als vor wenigen Jahren, und sie erwarten, dass ihre Einkommen weiter steigen.

Diese Erwartung ist das zentrale Machtinstrument der Kommunistischen Partei. Politologen sprechen von »Legitimität durch Leistung«, einem klassischen Herrschaftsprinzip autoritärer Entwicklungsstaaten. Chinas Führer haben dieses Prinzip auf die Spitze getrieben. Ihre Experten denken in Jahrzehnten und globalen Dimensionen. Da die Interessen Einzelner sie so wenig stören wie die Wahlzyklen demokratischer Systeme, gehen ihre Pläne in der Regel auf. Bislang funktioniert der Mix aus Plan- und Marktwirtschaft.

Doch die Wirtschaft ist nur eines von mehreren Instrumenten. Die Macht der Kommunistischen Partei, schreibt der China-Experte Minxin Pei, ruhe heute auf vier Säulen: robustem Wachstum, raffinierter

Unterdrückung, staatlich gefördertem Nationalismus und der ökonomischen Einbindung der gesellschaftlichen Eliten.

Auch im zweiten dieser vier Punkte setzt China neue Standards. Die Kombination aus Leninismus und Digitalisierung hat einen Überwachungsstaat hervorgebracht, wie es ihn noch nie gab. Das Internet, in westlichen Demokratien als Medium der freien Rede verstanden, wird in China zunehmend als Mittel der sozialen Kontrolle eingesetzt, als Stimmungsbarometer und Steuerungsinstrument.

Zugleich verbreitet die Führung über die Staatsmedien und das Internet eine große vaterländische Erzählung, je nach Zusammenhang als »Chinesischer Traum« oder als »Renaissance der chinesischen Nation« bezeichnet. Die Botschaft lautet: China, bis zum Ausbruch der Opiumkriege Mitte des 19. Jahrhunderts eine führende politische und wirtschaftliche Macht, kehrt nach



Russischer Präsident Putin, Kirchenführer Kirill: Patriarchalischer Urzustand, ohne #MeToo, Kopftuch, transsexuelle Verunsicherung

ALEXEI NIKOLSKY / ITAR-TASS / IMAGO

10 mehr als hundert Jahren der Erniedrigung und Kolonialisierung »ins Zentrum des Weltgeschehens« zurück – so Präsident Xi auf dem 19. Parteikongress im Oktober. Diese Erzählung wirkt in doppelter Hinsicht. Sie festigt nach innen einen nationalistischen Konsens und strahlt nach außen Pekings wachsendes Selbstbewusstsein aus.

Bislang begnügt sich die Führung mit der ideellen und wirtschaftlichen Projektion ihrer Macht. Anders als seine geopolitischen Rivalen USA und Russland vermeidet China militärische Abenteuer wie in der Ukraine oder im Nahen Osten. Doch sein aggressives Gebaren im Südchinesischen Meer, die militärische Aufrüstung zeigen: Das muss nicht so bleiben.

Vor einem Jahr lud Peking zu einem bemerkenswerten Gipfeltreffen, bei dem es um das größte Entwicklungsprojekt des Jahrhunderts ging: die Neue Seidenstraße. Es kamen Recep Tayyip Erdoğan aus der Türkei, Rodrigo Duterte von den Philippinen, Viktor Orbán aus Ungarn, Wladimir Putin aus Russland. Sie parkten ihre Regierungsmaschinen auf dem Rollfeld des Flughafens der chinesischen Hauptstadt und begaben sich an die Große Mauer, wo ihnen Xi von einer neuen Welt erzählte. Es war ein Treffen Gleichgesinnter. Zwar waren auch westliche Politiker eingeladen, aber sie standen seltsam abseits.

Die Neue Seidenstraße bildet den Kern der chinesischen Entwicklungspolitik des

21. Jahrhunderts. Auf den ersten Blick ein gigantisches Infrastrukturprojekt, das China, Afrika und Europa verbinden soll. In Wirklichkeit aber auch ein Plan für eine neue, von China geprägte globale Ordnung.

China werde ein Beispiel setzen, sagte Xi beim Gipfel, es werde Ost und West in »Frieden«, »Harmonie« und »Wohlstand« verbinden: »Wir sind bereit, unsere Methoden der Entwicklung zu teilen, aber wir haben nicht die Absicht, uns in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.« Fünfmal kam das Wort »Dynastie« in seiner Rede vor und neunmal das Wort »investieren«. »Demokratie«, »Rechtsstaat« und »Meinungsfreiheit« fehlten.

Die chinesische Entwicklungsdiktatur ist die größte wirtschaftliche, politische und intellektuelle Herausforderung der liberalen Weltordnung. Aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl schafft China ökonomische Abhängigkeiten, denen sich kleinere Staaten an seiner Peripherie kaum entziehen können. Doch selbst Politiker und Wirtschaftsführer westlicher Industrienationen erliegen der Dynamik und Effizienz des chinesischen Modells.

Das Entwicklungsprogramm der Neuen Seidenstraße, sagte Siemens-Chef Joe Kaeser auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, werde die heutige Welthandelsorganisation ersetzen, »ob es Ihnen gefällt oder nicht«.

Tatsächlich ist es leicht, sich von den Zahlen überwältigen zu lassen. Von den

25 000 Kilometer Schienen für Hochgeschwindigkeitszüge, die in zehn Jahren gelegt wurden. Den Millionenstädten, die aus dem Boden gestampft wurden. Vor allem vor dem Hintergrund deutscher Unzulänglichkeiten: einer Verkehrspolitik, die den Herausforderungen der Zukunft oft nicht gewachsen ist; eines unzureichenden Mobilfunk- und Breitbandnetzes; öffentlicher Bauten, die miserabel geplant und durchgeführt werden.

Dazu kommt, dass chinesische Firmen fast so viel Geld für Forschung und Entwicklung ausgeben wie ihre deutschen Konkurrenten. Die Zeit, in der die Chinesen auf Ideen aus dem Westen angewiesen war, neigt sich dem Ende zu. In der Entwicklung künstlicher Intelligenz messen sich ihre Unternehmen bereits mit dem Silicon Valley.

Migration, Klimawandel, Digitalisierung, Demografie: Nirgendwo wird so offen über diese Herausforderungen diskutiert wie in den Demokratien des Westens – und doch scheinen wir oft nicht in der Lage zu sein, sie anzugehen. Freiheit, so scheint es, ist keine notwendige Voraussetzung für unternehmerische oder gesellschaftliche Kreativität.

Das muss man in seiner ganzen Konsequenz erst einmal sacken lassen. Denn der Glaube, dass die Garantie der individuellen Freiheiten unser System gegenüber den anderen überlegen mache, bil-

det den Kern unseres Selbstbildes. Das soll nun falsch sein?

Es geht zumindest anders. Mit China gibt es eine Alternative.

Viele Jahrhunderte lang war China kulturell, technologisch, militärisch und zivilisatorisch weit entwickelt. Vor ungefähr 200 Jahren hängte jedoch der Westen das »Reich der Mitte« ab. Das hatte mit der Aufklärung zu tun, mit Wissenschaft, Forschung und Waffentechnik. All das ist heute allerdings kein Privileg des Westens mehr. Deshalb könnte diese Epoche nun zu Ende gehen. So muss es nicht kommen. Aber die Möglichkeit wird denkbar.

Vor einem Jahr baten Meinungsforscher die Russen, die »bedeutendsten Menschen aller Zeiten und Völker« zu nennen. Lenin wurde genannt, Zar Peter I., Napoleon, der Diktator Josef Stalin. Unter all den Toten stach ein Lebender heraus: Wladimir Putin, er kam gleich hinter Stalin auf Platz zwei.

Russlands Präsident hat sich für die Russen schon jetzt, noch während er regiert, in eine historische Figur verwandelt. Er ist kein Politiker mehr, sondern die mythische Verkörperung der Nation: »Solange es Putin gibt, gibt es Russland. Kein Putin, kein Russland«, so hat es ein hoher Kremlbeamter 2014 formuliert.

So kam es, dass eine große Mehrheit der Russen Putin im März wiedergewählt hat, ohne dass er ein Wahlprogramm vorgelegt oder für eine Partei kandidiert hätte. Von einer historischen Figur erwartet man kein Programm für die Zukunft. Und Putin, das ist mittlerweile deutlich, hat für die Zukunft nichts zu versprechen. Er verspricht Vergangenheit: Russland soll eine Großmacht sein wie einst. »Make Russia Great again«, das ist sein einziges Programm.

Tatsächlich ist es Putin nach den chaotischen Jelzin-Jahren gelungen, die Autorität des russischen Staates wiederherzustellen. In einem brutalen Krieg besiegte er die Separatisten in Tschetschenien, er beendete das Chaos im Land. Und er brachte zugleich Medien, Wirtschaftsbosse und Opposition unter Kontrolle. All das erweckte zumindest den Anschein von Stabilität.

Vor allem aber hat Putin Russland wieder zu einem Land gemacht, das in der Weltpolitik entscheidend mitredet. China mag ein Herausforderer des Westens sein, Putins Russland ist ein Widersacher. Mehr ist auch nicht drin, die Wirtschaftsleistung des Landes entspricht etwa der Spaniens. Aber Putin hat seinem Volk wieder das Gefühl gegeben, eine Großmacht zu sein wie zu Sowjetzeiten – ohne ihm im Gegenzug all das abzuverlangen, was den Sowjetbürgern abverlangt wurde.

Für die Kriege im Donbass und in Syrien sind verhältnismäßig geringe Ressourcen und wenig Personal nötig; wo es geht, werden Söldner und dubiose Freiwilligen-

trupps losgeschickt. Um Einfluss auf Wahlen weltweit zu nehmen, reichen ein paar Hundert Hacker und Trolle.

So ist es Putin gelungen, von der Demütigung von 1991 abzulenken, als die Sowjetunion zusammenbrach. Mögen die Russen sich schwach fühlen, gedemütigt und vernachlässigt von ihrem Staat, verarmt durch die Korruption – sie haben einen Trost: dass Russland sich »von den Knien erhoben hat«, wie es formelhaft heißt.

Das allein jedoch würde nicht reichen, um das »russische Modell« auch im Westen für einige so attraktiv zu machen. Dafür braucht es Putin. Der Präsident selbst ist das Angebot Russlands an den Rest der Welt, dieser so männlich auftretende Mann, der sich mit freiem Oberkörper fotografieren lässt, obwohl er mittlerweile schon 65 Jahre alt ist. Damit verkörpert Putin den Wunsch nach einer ungebrochenen, eindeutigen Identität, die den Menschen in pluralistischen, heterogenen Gesellschaften verloren gegangen zu sein scheint. Eine Art patriarchalischer Urzustand, ohne #MeToo, Kopftuch und transsexuelle Verunsicherung. Sondern stark, charismatisch, handlungsfähig.

Anders als die totalitären Herrscher des 20. Jahrhunderts hat der russische Präsident keine tiefere Wahrheit, keine Ideologie, die er verkünden und verbreiten will. Putin ist, im Gegensatz zu Erdoğan und Xi, nicht einmal Mitglied einer Partei. Stattdessen versuchen der Kreml und seine Medien den Glauben zu unterminieren, dass es überhaupt so etwas wie Wahrheit geben könne.

Russland versucht daher, direkt und indirekt, Einfluss zu nehmen. Russische Hacker haben den Bundestag angegriffen, die US-Demokraten und Emmanuel Macrons Bewegung En Marche. Auch in den italienischen Wahlkampf und die Brexit-Abstimmung sollen sich Russen eingemischt haben. Russland führt in der Ukraine Krieg, tut aber so, als gäbe es die eigenen Soldaten und Militärberater dort nicht.

Demokratische Systeme haben diesen asymmetrischen Angriffen wenig entgegenzusetzen. Im Augenblick ist die Antwort fast immer: abwarten, dass es vorbei geht. Das ist aber genauso schwach, wie Wladimir Putin und seine Freunde den liberalen Westen eben sehen.

Historisch betrachtet ist die liberale Demokratie westlicher Prägung eine junge

In Europa gedieh die liberale Demokratie auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs.

Entwicklung. Dem 2008 verstorbenen US-Politologen Samuel Huntington zufolge hat sie sich in drei Wellen ausgebreitet: Die erste begann Anfang des 19. Jahrhunderts mit dem Aufstieg des amerikanischen Verfassungsstaates, bis 1926 folgten weltweit 29 Staaten. Die zweite Welle setzte nach 1945 ein, 36 Demokratien gab es Anfang der Sechzigerjahre. Die dritte Welle begann mit der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974, wuchs danach stetig an, ab 1989 verdreifachte sich die Zahl der Demokratien.

Das Ende des Kalten Krieges, prophezeite Huntingtons Kollege Francis Fukuyama 1992, werde »den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und den Beginn weltweiter Gültigkeit der westlichen liberalen Demokratie« markieren. Das »Ende der Geschichte« schien erreicht: Zur Jahrtausendwende gab es mehr als hundert Demokratien.

In Europa gedieh die liberale Demokratie auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, sie stand für den Optimismus der Nachkriegsjahre, als der Wohlstand wuchs und sich viele Bürger zum ersten Mal einen Urlaub leisten konnten, ein Haus, ein Auto. Doch spätestens seit den Nullerjahren ist es mit der Hoffnung vorbei, dass es die Kinder einmal besser haben werden. Das hat mit der Globalisierung zu tun und damit, dass sich der weltweite Wohlstandszuwachs verlagert hat, vor allem nach China und ins restliche Asien.

Dass die liberale Demokratie immerwährenden, zunehmenden Wohlstand garantieren kann, das war das vielleicht wichtigste Versprechen – und ein gutes Argument ihrer Verfechter. Dass dieses Versprechen heute nicht mehr zu halten ist, ist auch Ursache ihrer Krise.

Dazu kam, dass durch Genozid und Vertreibung, Umsiedlungen und neue Grenzen in vielen Ländern die vorher bunt gemischten Gesellschaften Europas nach dem Zweiten Weltkrieg homogener geworden waren. Inzwischen sind jedoch alle westeuropäischen Gesellschaften pluralistischer, auch im Osten hat dieser Prozess längst begonnen. Dabei geht es nicht nur um Ethnien und Abstammung, sondern auch um sexuelle, kulturelle und religiöse Identität – die großen Herkunftsclammern haben sich aufgelöst, die Gesellschaften haben sich individualisiert.

Diese Entwicklung spielt autoritären Parteien innerhalb liberaler Demokratien in die Hände, denn sie lähmt das politische System. Lange gab es in den meisten westlichen Ländern nur zwei vorrangige Lager, konservativ und sozialdemokratisch. Doch dieser Dualismus ist aufgehoben, mit dem Ende der homogenen Gesellschaften hat sich auch das Parteienspektrum aufgesplittet; die etablierten Parteien der Mitte müssen sich für die Regierungsbildung zusam-

mentun, wenn sie nicht mit den Populisten regieren wollen.

Zu besichtigen ist das in Deutschland, wo keine der möglichen Regierungen nach der letzten Bundestagswahl für eine klare ideologische Richtung stand. Ob Jamaika, eine Minderheitenregierung oder die Große Koalition – das waren pragmatische Lösungen, keine Richtungsentscheidungen.

Ausgerechnet das liberal-demokratische System ist somit kaum noch in der Lage, wirkliche politische Wahlmöglichkeiten anzubieten. Außer durch seine Gegner, die sich entsprechend »Alternative für Deutschland« nennen.

Jarosław Kaczyński, Chef der national-konservativen Regierungspartei PiS, hat dafür das passende Schlagwort gefunden. »Imposybilizm« ist der Kampfbegriff, mit dem er in Polen die Demokratie aushöhlt. Der »Impossibilismus«, das ist für Kaczyński: eine bürokratische Verfassung, übertriebene Rücksichtnahme auf Minderheiten, Angst um das Ansehen Polens im Ausland, »Feigheit« und »Opportunismus«. All das, so Kaczyński, habe die liberale Vorgängerregierung davon abgehalten, eine wirkungsvolle Politik für die »kleinen Leute« zu betreiben.

Um diesen »Impossibilismus« zu besiegen, beansprucht die PiS immer mehr Durchgriffsrechte. Die Gewaltenteilung dürfe abgeschliffen werden, glaubt Kaczyński wohl, damit die Politik wieder handlungsfähig werde. Das Verfassungsgericht haben die Nationalkonservativen bereits entmachtet.

Kaczyńskis Politik ist auch eine Antwort auf die »Politik der Alternativlosigkeit«, die seit den Neunzigerjahren herrscht – und in der Finanzkrise ihre Glaubwürdigkeit verlor, als zur Rettung der Großbanken auf einmal jenes Geld da war, das vorher zur Sanierung der Schulen oder für den sozialen Wohnungsbau gefehlt hatte. Von der gleichen Alternativlosigkeit war die Antwort auf die Eurokrise geprägt, wo Verträge, Regeln und Finanzmärkte die Handlungsfähigkeit der betroffenen Regierungen einschränkten. Von dem daraus resultierenden Gefühl der Ohnmacht haben Nationalisten und Populisten europaweit profitiert.

Tatsächlich hat die PiS-Partei, allen haushaltspolitischen Warnungen zum Trotz, ein Kindergeld von 500 Zloty eingeführt. Das ist praktizierter Anti-Impossibilismus. Die Botschaft an die Wähler lautet: Alles ist machbar, wir tun es, wir sorgen für euch.

Ähnlich macht es Viktor Orbán in Ungarn. Damit hat er sich acht Jahre lang an der Macht gehalten, für vier weitere Jahre wurde er gerade gewählt. Seine Leute besetzen inzwischen alle Schlüsselpositionen in Ministerien und Ämtern, aber auch an Universitäten, Kliniken, Theatern und Gerichten. Zudem hat er es geschafft, über ein Netzwerk ihm gewogener Unterneh-

mer die Wirtschaft weitgehend unter seine Kontrolle zu bringen.

In Orbáns Reich gibt es keine Zensur, aber auch kaum eine Zeitung, die nicht von einem seiner Freunde herausgegeben wird. Wer gegen die politische Meinungsführerschaft der Regierungspartei Fidesz rebelliert, verliert nicht wie in altmodischen Diktaturen Freiheit oder Leben. Sondern seinen Job.

Dabei ist die »illiberale Demokratie«, wie Orbán sie selbst nennt, nicht per se undemokratisch. Es wird gewählt, der Premier hat die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Das System ist nur nicht mehr liberal. Die Rechte von Minderheiten und die Gewaltenteilung sind eingeschränkt.

Allerdings erklärt der »Impossibilismus« nur zum Teil den Aufstieg der Illiberalen, vor allem in Osteuropa.

Es gibt auch ein autoritäres Erbe, das sich von den Monarchien des 19. Jahrhunderts über die Zwischenkriegsjahre und den Kommunismus bis in die Gegenwart fortgeschrieben hat. Auch die Wende von 1989 hat es nicht ausgeradiert – und die viel beschworene »Rückkehr nach Europa« übertünchte es nur. So schnell ändern sich Gesellschaften nicht. Zumal sich die neuen Eliten oft aus den Reihen der alten Kader rekrutierten und der neue Kapitalismus zwar einen wirtschaftlichen Aufstieg bedeutete, dieser aber mit großer Unsicherheit bezahlt wurde.

① Viktor Orbán selbst war zunächst ein liberaler Erneuerer – bevor er zum illiberalen Anführer wurde.

Das Paradoxe dabei ist: Ohne die Mitgliedschaft in der EU, die ja gerade die Normen und Werte der Demokratie hochhalten soll, würde Orbáns Machtsystem rasch kollabieren. Denn es funktioniert nur im Rahmen einer Solidargemeinschaft, in einem ansonsten liberalen Umfeld, in dem Geld und Aufträge ins Land fließen, die Orbán dann unter seinen Freunden und Günstlingen verteilen kann.

Wenn die EU in der Lage wäre, Orbán oder Kaczyński zu sanktionieren, wäre es mit deren Herrlichkeit schnell vorbei.

Aber so einfach ist es eben nicht.

Das komplexe Regelwerk der EU war von Anfang an für liberale Demokratien ausgelegt. Ihr Fundament ist der Glaube, dass der Demokratie die Zukunft gehöre und Europa zu einer »immer engeren Union« zusammenfinden werde. Zwar wurde die Möglichkeit vorgesehen, dass ein Land austreten kann – aber ein Land,

① **Donald Trump kann als verhinderter Autokrat gelten. Der Schaden ist trotzdem beträchtlich.**

das seine demokratischen Institutionen schleift und dabei in der EU bleiben will? Dafür gibt es kaum eine Handhabe. Ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren, an dessen Ende dem betreffenden Land Stimmrechte entzogen werden, müssten alle Mitglieder einstimmig beschließen. Unwahrscheinlich, dass das jemals passiert.

All das wäre vielleicht nicht so dramatisch, fänden diese Entwicklungen nicht in einem Moment statt, in dem auch die mächtigste Demokratie der Welt zwar nicht wankt, aber doch in ihrer Glaubwürdigkeit erschüttert wird. Weil an ihrer Spitze ein Mann steht, der von der Demokratie wenig hält. Auch frühere US-Präsidenten waren nicht immer lupenreine Demokraten, sie haben Diktatoren unterstützt, gewählte Politiker gestürzt und falsche Kriege geführt. Und doch haben sie die Idee von Freiheit und Menschenrechten, verbunden mit dem Versprechen von Wohlstand, in die Welt getragen.

Und nun also Donald Trump, ein Mann, der sich mit politischen Führern wie Duterte, Erdoğan oder Xi anscheinend besser versteht als mit Angela Merkel. Der, nach allem, was er so zusammenredet und zusammenwittert, nach seinen Plänen und der Art, wie er seine Personalentscheidungen trifft, wie er Amt und Privatgeschäfte vermischt, wie er die Medien beschimpft, aussieht wie ein Möchtegern-Autokrat.

Anderthalb Jahre nach seinem Amtsantritt wird nicht gegen Trumps einstige Gegenkandidatin Hillary Clinton ermittelt, die Trump im Wahlkampf noch einsperren lassen wollte. Stattdessen laufen Ermittlungen gegen ihn selbst. Trump schafft es nicht, die Institutionen des Staates zu zerstören, und sieht man von der Steuerreform ab, konnte er bislang kaum eines seiner vollmundig angekündigten Großprojekte umsetzen. Der US-Präsident, könnte man sagen, erfährt die Widerstände der Demokratie am eigenen Leib.

Er habe zwar dem Lehrbuch eines autoritären Herrschers folgen wollen, schreiben die Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem eben erschienenen Buch »Wie Demokratien sterben«. Aber: Trump »hat mehr geredet als gehandelt. Seine berüchtigtsten Drohungen sind nicht in die Tat umgesetzt worden«.

Trump kann vorerst als verhinderter Autokrat gelten.

Der langfristige Schaden dürfte trotzdem beträchtlich sein. Mit Trump haben die Populisten nun einen Verbündeten an der Spitze des Weißen Hauses. Der neue US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, sagte vor einer Woche, er wolle in Europa konservative Anti-Establishment-Kräfte stärken. Und Trumps ehemaliger Einflüsterer Stephen Bannon feiert in Rom die neue Regierung als den nächsten Stein in



Ungarischer Ministerpräsident Orbán: Fein gesponnene Abhängigkeiten

einem komplexen Dominospiel, an dessen Ende die ganze EU einstürzt.

Früher förderte Amerika die Demokratie. Heute fördert es die Populisten.

Die Autokraten und Illiberalen des 21. Jahrhunderts haben viele Ähnlichkeiten. Sie sind rassistisch und nationalistisch, immer gibt es eine Bedrohung von außen, die es in Schach zu halten gilt. Damit verwandt ist das Misstrauen gegen echte oder vermeintliche Eliten, gegen die Privilegierten, die angeblich die Sprache des einfachen Volkes verlernt haben. Sie machen Wahlkampfversprechen, die nur über riesige Schulden finanziert werden können. Sie verachten demokratische Institutionen.

Und sie eint das Versprechen, eine große Vergangenheit zurückbringen zu wollen. Präsident Putin verspricht den Russen nationalen Glanz. Erdoğan beschwört in seinen Ansprachen die Rückkehr zur Größe des Osmanischen Reiches. Viktor Orbán lässt im ganzen Land Statuen aufstellen, die an die glorreiche Geschichte Ungarns erinnern sollen. In Polen hat die rechtspopulistische PiS sogar ein Gesetz verabschiedet, das es verbietet, der polnischen Nation eine Mitverantwortung für den Holocaust zu geben – als ließe sich die historische Wahrheit per Gesetzblatt richten.

Geschichte soll stolz machen, sonst ist sie falsch.

① In den liberalen Demokratien lässt sich das Gegenteil beobachten. Es ist fast schon eines ihrer Strukturmerkmale, sich zur Verantwortung für Verbrechen der Vergangenheit zu bekennen. Das gilt nicht nur für Deutschland, auch in den USA gibt es eine Debatte über die Sklaverei und deren Folgen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in Algerien den Kolonialismus seines Landes als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« bezeichnet.

Keine moderne Demokratie glaubt, ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit auskommen zu können. Nur wer aus den Verbrechen der Großväter lerne, könne eine bessere Gesellschaft organisieren, so die stillschweigende Übereinkunft.

Die autoritär orientierten Kräfte widersetzen sich diesem Anspruch, das ist geradezu ihr Markenzeichen. Für den AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland ist die NS-Zeit nur ein »Vogelschiss« im Vergleich mit den Errungenschaften der langen deutschen Geschichte; seine Partei fordert eine »erinnerungspolitische Wende«.

In den Reihen der Brexit-Befürworter gibt es nicht wenige, die an das Empire anknüpfen wollen. Im Amerika von Donald Trump glorifizieren weiße Nationalisten mit präsidentlicher Billigung den Rassismus der im Bürgerkrieg unterlegenen Südstaaten.

Und noch etwas haben die Feinde der liberalen Demokratie gemeinsam, wenn sie erst einmal die Macht erobert haben:

⑥ die Korruption. Denn korrupt sind sie fast alle. Und das, obwohl sie fast alle mit dem Versprechen an die Macht gekommen sind, mit der Korruption aufzuräumen.

Das gilt auch für Donald Trump, der als Präsident sein eigenes Familiengeschäft begünstigt, der politische Freunde begnadigt, dessen Tochter Ivanka im Laufe von Verhandlungen mit China plötzlich davon profitiert, dass Peking Warenzeichen für ihre Firma einträgt.

Ob es Putin ist oder Erdoğan, ob es die Kommunistische Partei Chinas ist oder Fidesz in Ungarn – sie alle herrschen über ein komplexes Patronagesystem. Autokratische Herrschaft beruht auf fein gesponnenen Abhängigkeiten. Das war schon immer so, und daran hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert.

Selbst Schauprozesse und Todesurteile gegen bestechliche Beamte und Parteikader, wie etwa in China, können Korruption nicht verhindern. Gier ist menschlich und wirkt systemübergreifend. Deshalb ist die Gewaltenteilung des Rechtsstaats eines der wirksamsten Mittel – auch wenn das nicht bedeutet, dass sich so jegliche Korruption verhindern ließe.

Die alten Griechen glaubten an einen Kreislauf der politischen Systeme. Auf eine Monarchie folge eine Tyrannei. Diese werde nach und nach durch Aristokratie, Oligarchie und Demokratie abgelöst. Nach



VINCENT BOISOT / RIVA PRESS / LAIF

Macron-Anhänger in Paris nach Wahlsieg am 7. Mai 2017: Große Vision, kleiner Kompromiss

der Herrschaft des Pöbels folge wieder eine Monarchie. Schlichtweg deswegen, weil die Menschen nie zufrieden sind. Weil stabile Verhältnisse bequem machen und Bequemlichkeit in die Dekadenz führt. Ist es nun so weit?

Die liberale Demokratie bildete nach 1945 den Rahmen für die europäische Einigung, den Sozialstaat, die Ostpolitik. Keine dieser Errungenschaften war ohne Konflikt zu haben. Aber darum ging es ja: Probleme zu identifizieren, Lösungen anzubieten, Widersprüche zu moderieren und immer wieder einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Es war einer der Gründe dafür, warum die liberale Demokratie den Kalten Krieg gewann. Außerdem war sie wirtschaftlich und militärisch überlegen. Sie war einfach das bessere System.

Das ist jetzt nicht mehr so klar.

»Demokratie-Rezession« nennt der amerikanische Politologe Larry Diamond den Befund, dass die Zahl der funktionierenden Demokratien wieder sinkt. Warum? »Die wichtigste und überzeugendste Antwort ist: schlechte Regierungsführung.«

Tatsächlich fällt die Trendwende im globalen Ansehen der liberalen Demokratie mit gravierenden Fehlleistungen des Westens zusammen: dem katastrophalen Irakkrieg, der mit falschen Behauptungen begann und weltweit die Glaubwürdigkeit des westlichen Parlamentarismus untergraben hat; der Weltwirtschaftskrise, die

nach 2007 das Vertrauen in die westliche Wirtschaftsordnung erschüttert hat.

Aber das ist der Blick vom ganz hohen Feldherrnhügel. Es geht auch ein paar Nummern kleiner. 18 Jahre ist es zum Beispiel her, dass die Süsmuth-Kommission einen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vorlegte. Passiert ist nichts. Die Bundesrepublik ist ein wichtiges Ziel für Migranten – aber nicht in der Lage, die Einwanderung zu regeln. Der Umgang mit der Digitalisierung entscheidet über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands – dennoch gibt es keine umfassende Digitalstrategie. Deutschland hängt von der Autoindustrie ab – doch statt das Zeitalter nach dem Verbrennungsmotor auszurufen, schützt die Politik die Gewinne der Konzerne.

Diese Liste ließe sich lange fortführen. Klimawandel, Demografie, die technische Entwicklung, Wandel der Arbeit, Verteilung des Wohlstands.

Es gab eine Menge Regierungen in dieser Zeit: Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot. Die grundlegenden Probleme sind zwar oft diskutiert, aber zu selten wirklich angegangen worden, zumindest empfinden das viele Bürger so; auch weil die große Vision in Demokratien eben oft als kleiner Kompromiss endet.

Dabei hatte die liberale Demokratie auch einmal ihre Neue Seidenstraße: den Marshallplan. Wenn man das Geld, das die USA zwischen 1948 und 1952 nach

Europa gepumpt haben, in heutige Dollar übersetzen würde, käme man auf etwa 135 Milliarden. Der Westen Europas sollte liberal und demokratisch werden und gegen die Sowjetunion bestehen können. Das war der Plan. Er ging bekanntermaßen auf.

Dabei ging es nicht nur um Geld. Die liberale Demokratie wurde in Deutschland auch mit den Soldaten gesichert, die Amerikaner, Briten und Franzosen fast 50 Jahre lang schickten. Mit Bildungsprogrammen. Mit wirtschaftlicher Kooperation. Mit institutionellen Verflechtungen. Sie wurde erkämpft – und mit riesigem Aufwand durchgesetzt. In dem Glauben, dass sie das beste System sei. Und dass es den Ländern, die an sie glauben, nutze, wenn andere das ebenfalls tun.

Unsere Probleme heute sind andere als damals. Wir müssen keine Trümmer mehr wegräumen. Heute geht es um die Folgen des globalen Kapitalismus, der technologischen Entwicklung. Um die Migration und die Ängste vor dem Fremden. Aber wir konnten es mal. Sich daran nur zu erinnern wird nicht mehr reichen.

Christian Esch, Maximilian Popp, Jan Puhl, Tobias Rapp, Christoph Scheuermann, Bernhard Zand

► **Lesen Sie auch** auf Seite 62: Die USA nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um eigene Interessen durchzusetzen.